**Der Rheinfelder PCP-Skandal**

**von Heiner Lohmann**

Dem Verlaufsmuster vieler Umweltkonflikte der achtziger Jahre entsprechend kam auch in Rheinfelden der Anstoß zur öffentlichen Auseinandersetzung mit negativen ökologischen und gesundheitlichen Folgen industrieller Produktion aus den Reihen der Umweltschützer. Die Proteste betroffener Bürger\*innen wurden in der Anfangsphase nur von den Grünen in Rheinfelden und im Stuttgarter Landtag (hier durch den Landtagsabgeordneten und umweltpolitischen Sprecher Winfried Kretschmann) ernst genommen. Sie stellten parlamentarische Anträge, unterrichteten die Medien (Presse, Magazine, Rundfunk und Fernsehen) über mögliche Gefährdungen durch die PCP-Produktion und entwickelten dadurch einen erheblichen Öffentlichkeitsdruck. Im Gemeinderat waren die Grünen seit 1980 durch die Stadträtin Ilsemie Dumont und mich vertreten. Ich hatte aus einem Bericht erfahren, dass die Sandoz von Dynamit Nobel mit Pentachlorphenol (PCP) beliefert wurde. Angefangen hatte die Geschichte in Basel:

**Der Anfang**

Dort hatte die Sandoz AG im Mai 1976 ein Schreiben ihrer amerikanischen Tochterfirma erhalten, dass in den Pigmenten aus Basel PCBs enthalten seien: polychlorierte Biphenyle. PCBs sind hoch giftig, erzeugen Krebs und Allergien und werden in der Natur praktisch nicht abgebaut. Das heißt, sie reichern sich in der Nahrungskette an und vergiften allmählich Tiere und Menschen. Der Sandoz-Chemiker Imre Kerner war darüber so alarmiert, dass er den obersten Konzernmanager persönlich informierte. Die Sandoz AG, der die Angelegenheit sehr unangenehm war, schottete sich ab und trennte sich von Kerner. Der ließ nicht locker und schrieb ein Buch über den Basler PCB-Skandal – „Die kalkulierte Verantwortungslosigkeit“ (mit Toya Maissen, rororo aktuell 1980).

Ich hatte im Sommer als frisch gebackener Stadtrat gerade mit der Familie Urlaub in Morcote im Tessin gemacht – in einer Ferienwohnung, die der Aargauer Großrätin Gretel Hoffmann gehörte. Wie es der Zufall so will, sollte sie später meine wichtigste Partnerin auf Schweizer Seite während des Dioxinskandals werden. Zuhause begann ich, das Buch von Imre Kerner zu lesen. Auf Seite 31 stutzte ich, legte mein angefangenes Biologiestudium beiseite und ging in die Politik. Die Passage, über die ich gestolpert war, hieß: „Sandoz wurde von der Firma Dynamit Nobel mit Pentachlorphenol beliefert und aus einem Brief der Firma geht hervor, dass die gelieferte Ware über 20 ppm (parts per million) Dioxine enthält. Diese Tatsache hielt Sandoz nicht einmal davon ab, PCP dieser Qualität weiter zu verwenden. Die Arbeiter, die damit zu tun hatten, wussten selbstverständlich nicht, welchen Giften sie ausgesetzt waren“.

Seit dem Unglück von Seveso 1976 bedeutet Dioxin so viel wie höchste Gefahr. Und ich wusste, dass bei der Herstellung, noch mehr bei der Verbrennung und Verschwelung von PCP, Dioxine der Seveso-Klasse frei werden. Darunter das eigentliche Seveso-Dioxin 2,3,7,8 TCDD, der giftigste vom Menschen hergestellte Stoff.

Ich rief Imre Kerner an, der mittlerweile im Umweltbundesamt beschäftigt war. Er bestätigte, dass die PCP-Produktion in Rheinfelden stattfand und nannte mir eine hoch gestellte Person im Regierungspräsidium Freiburg, der ich blind vertrauen könne. Dieser Dr. X, dessen Namen ich auch heute noch nicht nennen will, wurde in den darauffolgenden Jahren mein wertvollster Whistle Blower. Ohne sein fundiertes Detailwissen auch über die gegen mich geplanten Behördenaktivitäten hätte ich die PCP-Produktion nie stilllegen können. Durch ihn war ich sowohl den Behörden (allen voran das Gewerbeaufsichtsamt) als auch der Firma immer einen Schritt voraus.

Seither war ich federführend in der Organisation und Artikulation des Protestes gegen Dynamit Nobel. Ich initiierte den Widerstand gegen die PCP-Produktion und warnte zunächst insbesondere vor den möglichen Folgen eines Brandes. Mein Ziel in der Auseinandersetzung war zunächst nicht die Schließung des PCP-Betriebes, sondern die Umstellung auf umweltverträgliche Produktionsweisen: „Wir wollen nicht die Stilllegung des Betriebes vorantreiben, sondern Mindestforderungen entwickeln, die zu einer Verbesserung der Umweltsituation führen“ (BZ 26.3.1982). Obwohl ich mich als Vertreter der Grünen in erster Linie für Maßnahmen zum Schutz der Umwelt engagierte, war auch für mich unmittelbar klar, dass die Interessen der Arbeitnehmer\*innen an den Arbeitsplätzen in den Chemiebetrieben eine wichtige Rolle spielten. Als Sofortmaßnahme verlangten die Grünen die Anwendung der 1980 erlassenen Störfallverordnung (heute auch „Seveso-Richtlinie“ genannt) auf Dynamit Nobel. Sie sahen die Störfallverordnung als Kompromiss zwischen Umwelt- und Arbeitsplatzinteressen an, denn im Unterschied zur Produktionsstillegung hätte man durch die Sicherheitsauflagen keinen Verlust von Arbeitsplätzen befürchten müssen.

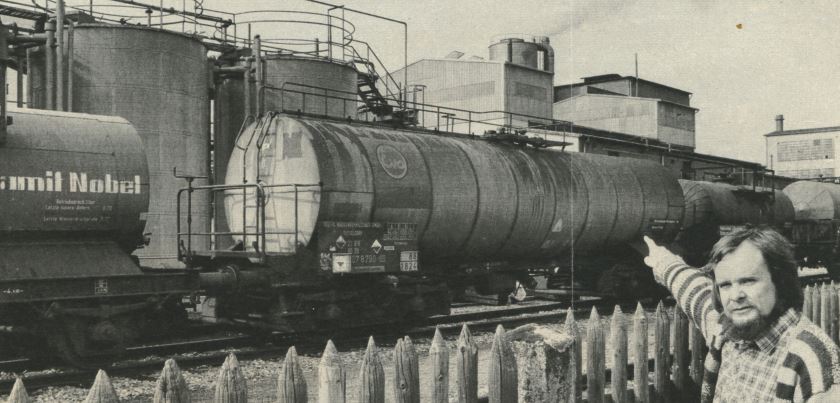
Im Oktober 1981 besuchte ich in Freiburg die zuständigen Herren im Gewerbeaufsichtsamt, Dr. H. (Leiter des II. Aufsichtsbezirks) und seinen Chemiker Dr. D. In einem halbstündigen Gespräch versuchte ich sie mit meinem Fachwissen von der Gefährlichkeit der Dioxin-Verunreinigungen im PCP zu überzeugen. Ihre Antwort war mehr als ernüchternd. Sie verwiesen hochnäsig darauf, dass das eigentliche Seveso-Dioxin 2,3,7,8-TCDD theoretisch nicht beim PCP-Produktionsprozess entstehen könne, also auch nicht im PCP vorhanden sei. Die im PCP tatsächlich vorhandenen höher chlorierten Dioxine seien nur „minder giftig“ und stellten keine Gefahr dar. Die Gefahr durch einen Brand wurde kategorisch verneint. [*Anmerkung: Gegen Dr. H. wurde später ein Disziplinarverfahren wegen seiner Verfehlungen im PCP-Skandal eingeleitet*]

Je mehr wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse über die Emissionen und Gefahren bei der Firma sowie Gesundheitsgefährdungen bei den Verbrauchern bekannt wurden, insbesondere bei Anwendung der dioxinhaltigen Holzschutzmittel (z.B. *Xylamon* und *Impra*), desto stärker wurde ich zum Gegner der PCP-Produktion. Meine entschiedene Haltung brachte mich zeitweise sogar in Gegensatz zu Kolleg\*innen aus meiner eigenen Partei, die nicht dieselbe Kompromisslosigkeit aufbrachten (BZ 27.3.1982).

Durch Die Grünen waren die Umweltschutzinteressen im Gemeinderat von Rheinfelden vertreten. Dynamit Nobel blieb für sie durch Jahre hinweg auf der politischen Tagesordnung der Stadt. Dabei brachte ich selbst vor allem zwei Voraussetzungen mit, die für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit Dynamit Nobel von Vorteil waren. Ich bin Naturwissenschaftler, so dass das Verständnis um die chemisch-technischen Details der PCP-Produktion und ihrer Folgen kein unüberwindbares Hindernis für mich darstellte. Als Biologe konnte ich beurteilen, ob die Argumente von Dynamit Nobel sachlich richtig waren, und ich konnte in der Diskussion mithalten. Zudem erhielt ich entscheidende vertrauliche Informationen vom Whistle Blower Dr. X. Der zweite wesentliche Vorteil lag in der Tatsache, dass weder ich noch ein Familienmitglied bei einem der drei großen Chemiebetriebe des Ortes beschäftigt waren.

**Umweltschutz gefährdet Arbeitsplätze?**

Unter den Stadträten der anderen Parteien fanden sich einige Arbeitnehmer der großen Chemiefirmen. 1981 waren mindestens sechs der 43 Stadträte Angestellte der Dynamit Nobel, darunter der Fraktionsvorsitzende der SPD, der 1990 bereits seit 30 Jahren im Gemeinderat politisch tätig und seit 39 Jahren bei Dynamit Nobel angestellt war. Dazu gehörten ebenso der Stadt- und Kreisrat der SPD, der seit über 15 Jahren im Gemeinderat und seit mehr als 24 Jahren Vorsitzender des Betriebsrates der Dynamit Nobel war, und ein CDU-Stadtrat, „der im Telefonbuch gleich unter Dynamit Nobel eingetragen ist“ (taz vom 13.8.1984).



**Grüner Stadtrat Heiner Lohmann, Chemikalien-Waggons:** „Warten auf den Unglücksfall“ (SPIEGEL 14/1983)

Die Standpunkte, die die bei Dynamit Nobel angestellten Stadträte im Streit um die PCP-Produktion vertraten, ließen vermuten, dass sich um diese Mandatsträger eine Art Lobby für die Interessen des Chemiebetriebes formierte. So kritisierten diese Stadtpolitiker häufig einen unsachlichen Argumentationsstil, durch den Arbeitsplätze gefährdet sein würden (BZ vom 30.12.1981). Gleichwohl verzichteten die etablierten Parteien selbst nicht darauf, die Emotionen in diesem Konflikt zu schüren. Bereits zu Beginn der Auseinandersetzung hielt der damalige CDU-Vorsitzende aus Rheinfelden im Kreistag des Landkreises Lörrach einem Kreisrat der Grünen „die Sorge um die Arbeitsplätze entgegen. Er möge sich doch einmal eine Familie beim Weihnachtsfest vorstellen, die um den Arbeitsplatz des Vaters bangen müsse“ (Südkurier vom 18.12.1981).

Die 19 Mitglieder der CDU-Fraktion im Gemeinderat beschlossen Mitte Februar 1982 eine Grundsatzerklärung zu den Umweltproblemen bei Dynamit Nobel. Die Diskussion solle „versachlicht“ werden, auf die [Umwelt-]Bedürfnisse der Mitbürger müsse eingegangen werden, eine Gefährdung der Arbeitsplätze käme jedoch nicht in Betracht. „Wir fühlen uns verantwortlich für das Gesamte. Dies bedeutet Verantwortung für die Gesundheit unserer Bürger – ohne jedoch die Sicherung der Arbeitsplätze unserer Industrie außer Acht zu lassen“ (Südkurier vom 18.2.1982). Die Versöhnungsstrategie der CDU zur Verwirklichung dieser Grundsätze bestand aus kaum mehr als Absichtserklärungen. Man schlug Meinungsaustausch und weitere Messungen vor.

Bei den 13 Mitgliedern der SPD-Fraktion zeigten sich die Interessenidentitäten als Politiker und Angestellte der Chemiefirma besonders deutlich. Die Rheinfelder Sozialdemokraten machten das PCP-Problem zum Thema ihrer Jahreshauptversammlung 1982. Auf einer Sitzung, die diese Versammlung vorbereiten sollte, erklärte sich der SPD-Vorstand einstimmig solidarisch mit den Arbeitnehmern und dem Betriebsrat der Dynamit Nobel. Der Vorstand ging davon aus, dass „der Betrieb selbst den Umweltgedanken ernst nimmt. … Eine Kampagne, wie sie derzeit im Gange ist, sucht ihresgleichen und dient weder einer vernünftigen Umweltschutzdiskussion noch macht sie die Arbeitsplätze sicherer“. Die SPD vertrat ausdrücklich die Position des Betriebsratsvorsitzenden, „dass durch eine ständige unsachliche und emotional geführte Diskussion Arbeitsplätze in einem bisher nicht vorstellbaren Ausmaß gefährdet sind“ (Südkurier vom 1.3.1982).

Daten aus bis dahin vorgelegten chemischen Untersuchungen hielt der Ortsvorstand der SPD für Vermutungen und verlangte „wissenschaftlich abgesicherte Ergebnisse“. Die SPD zog es vor, den Konflikt als Medienspektakel zu betrachten und befreite sich dadurch von der Notwendigkeit, inhaltlich zu den konkreten Problemen Stellung nehmen zu müssen. Es scheint, dass diejenigen Parteien, die aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat eine Lösung des Umweltproblems bei Dynamit Nobel hätten erwirken können, an der Bearbeitung des Konfliktes nicht wirklich interessiert waren. Die Abhängigkeit der Stadt von den Chemiearbeitgebern und die individuelle Verbindung mit Dynamit Nobel haben die angemessene Behandlung der ökologischen Probleme blockiert.

**Fazit:** Die lokalen politischen Akteure verteidigten die Beschäftigungsinteressen der betroffenen Arbeitnehmer bei der Dynamit Nobel AG und fanden mit ihrer Haltung die Zustimmung eines großen Teils der Öffentlichkeit. Ihr Einsatz für die Arbeitsplätze ließ ökologisches Engagement nur begrenzt zu.

**Das dioxinhaltige Gift Pentachlorphenol**

Seit den sechziger Jahren stellte die zur Flick-Gruppe gehörende Firma Dynamit Nobel in Witten (Westfalen) die Pestizide *Witophen P* (Pentachlorphenol) und *Witophen N* (Pentachlorphenol-Natrium) her. 1968 wurde die PCP-Produktion nach Rheinfelden verlagert, 1970 die PCP-Na-Produktion. Außerdem wurde eine geringere Menge des hoch mit Super-Dioxinen verunreinigten Tetrachlorphenols (TCP) hergestellt, das insbesondere als Gerbstoff-Zusatz zur Pilzbekämpfung von Lederware verwendet wurde. PCP wurde als Holzschutzmittel verwendet, PCP-Na diente vor allem als Fungizid und Bakterizid in der Papier- und Zellstoff-Industrie und als Desinfektionsmittel sowie als „Bläueschutz“ beim Roden von Wäldern in den Tropen. Der Verband der chemischen Industrie (VCI) hielt PCP vor allem im Holz- und Bautenschutz für unverzichtbar: wegen seines breiten Wirkungsspektrums könne PCP hier von keinem anderen Mittel ersetzt werden.

Die Reststoffverwertung des als Rückstand aus der firmeneigenen Elektrolyse entstehenden Chlors zu PCP erwies sich für Dynamit Nobel als lukratives Geschäft. Die Firma war der einzige Hersteller von PCP in Deutschland. In Europa gab es als zweiten Hersteller von PCP nur noch die Rhône Poulenc in Grenoble (Frankreich). Nach eigenen Angaben wurden 1980 4.500 t produziert (Umweltbundesamt 1987, S. 28). Auf dem Werksgelände wurden ständig 200 t gelagert (Spiegel 14/1983, S. 58).

**Was wusste die Dynamit Nobel über die Dioxinbelastung des PCP?**

Im Juni 1984 erreichten norddeutsche Umweltschützer die Schließung des Boehringer-Werks in Hamburg-Georgswerder. Die Firma hatte das Insektengift Lindan hergestellt und dabei die Umgebung jahrelang mit Dioxinen verseucht. Diese Schließung sollte aber auch Auswirkungen auf die Rheinfelder Ereignisse haben. Der anfallende Destillatsumpf aus Tetrachlorbenzol (bzw. dessen Destillat Tetraöl) wurde als billiger Grundstoff per beheiztem Kesselwagen an die Rheinfelder Dynamit Nobel geliefert, wo die Brühe als Ausgangsbasis zur Herstellung des PCP-Na („*Witophen N*“) benutzt wurde. Als das Boehringer-Werk dicht gemacht wurde, setzte man in Hamburg einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein, der die Vorgänge um die Dioxin-Bude aufklären sollte. Diesem Ausschuss fielen umfangreiche Akten in die Hände, welche die Geschäftsverbindungen zur Rheinfelder Dynamit Nobel dokumentieren. Auf Umwegen gelangten umfangreiche Aktenauszüge zunächst an mich als Mitarbeiter und Dioxinspezialist der Grünen Bundestagsfraktion, dann an das Lörracher Lokalblatt „Zittig“ und von dort an die „taz“. Daraus ging u.a. hervor, dass der Boehringer-Direktor schon Anfang August 1976, kurz nach der Seveso-Katastrophe vom 10. Juli 1976 die Dynamit-Herren warnte, sie würden ihr PCP bei ganz ähnlichen Reaktionsbedingungen kochen wie die italienische Seveso-Firma Icmesa. Der von Dynamit Nobel angewandte Verseifungsprozess zur Herstellung von PCP sei „nicht unriskant“ (Brief von Boehringer an Dynamit Nobel vom 10.8.1976). Er machte die Dynamit-Herren darauf aufmerksam, dass das Tetra-Öl in hohem Maße mit dem Seveso-Dioxin, also mit 2,3,7,8-TCDD belastet sei und dass es in voller Konzentration im Endprodukt PCP verbleibe. „Interessant ist die schon früher vorgetragene, inzwischen erhärtete Behauptung von Dynamit Nobel, dass auch im auf dem sauren Wege aus Phenol und Chlor erhaltenen Pentachlorphenol Dioxine enthalten sind. … Die Frage, inwieweit es nicht besser wäre, die hohe Reaktionstemperatur zu meiden, um ein dioxinärmeres PCP herzustellen, kann in Zukunft doch aktuell werden“ (Besuchsbericht, Werksleitung Boehringer vom 31.8.1976).

An dieser Notiz ist zweierlei bemerkenswert: Zum einen bleibt kein Zweifel, dass das Produkt, die Produktionsprozesse und Produktionsrückstände in Rheinfelden verschiedene Arten von Dioxinen freisetzten. Zum zweiten wird deutlich, dass diese Tatsache der Werksleitung von Dynamit Nobel schon seit mindestens 1976 bekannt war.

**Der Konflikt**

Ende September 1981 brachten Badische Zeitung und Südkurier im Rheinfelder Lokalteil einen Artikel über Klagen von Schweizer Nachbarn. Sie fühlten sich durch Dämpfe und Abgase belästigt, deren Quelle bei Dynamit Nobel vermutet wurde. Die Aargauer Großrätin Gretel Hoffmann kündigte einen Vorstoß in der Kantonsregierung an, da sie befürchtete, „dass in der Produktion der Dynamit Nobel Verunreinigungen als unerwünschte Nebenprodukte entstehen, die gasförmig entweichen und Schäden verursachen können, die bislang unaufgeklärt blieben“ (BZ vom 28.9.1981). Die Betriebsleitung wies die Vorwürfe beschwichtigend zurück. Gleichzeitig deckte ich die Gefahren durch die PCP-Produktion auf und befürchtete, dass bei einem Unfall im PCP-Betrieb ein „Seveso in Rheinfelden“ entstehen könne (BZ vom Sept. 1981). Ich forderte in einem Interview des SW–Fernsehens, dass aufgrund der nicht kalkulierbaren Dioxin-Gefahren für die Rheinfelder Bevölkerung die Störfall-Verordnung für den PCP-Betrieb angeordnet werden müsse. Der Betriebsrat sah in den Presseberichten einen Angriff auf die Sicherheit seiner Arbeitsplätze und kam zu dem Schluss: „Nicht Abgase oder schädliche Stoffe gefährden unsere Arbeitsplätze in Rheinfelden, weil wir hier guten Mutes sind, sondern die unsachliche und vergiftende Darstellung in der Badischen Zeitung“ (BZ vom 1.10.1981). Der Betriebsratsvorsitzende legte den Kollegen auf der nächsten Betriebsratssitzung den Boykott der Zeitung nahe. Die Arbeitnehmer reagierten umgehend auf den Hinweis. Für die Badische Zeitung und deren Lokalredakteur stellten sich katastrophale Folgen ein: „Da gingen an einem Tag 200 Abbestellungen ein. … Ich habe diese Formblätter hier: ‚Der Redakteur … vernichtet unsere Arbeitsplätze in Rheinfelden. Daher bestellen wir heute geschlossen diese Zeitung ab‘“. Einige Gewerkschaftsmitglieder, die weder bei Dynamit Nobel beschäftigt waren noch zur Rheinfelder Ortsgruppe gehörten, griffen den Betriebsrat an: „Am meisten verwundert uns als Mitglieder der IG Chemie, dass in dieser Auseinandersetzung der Betriebsrat weitaus schärfer reagiert als die Betriebsleitung der Dynamit Nobel … Wir haben … den Eindruck, dass sich der Betriebsrat hier zum Sprachrohr der Geschäftsleitung macht …“ (Leserbrief BZ vom 9.10.1981). Der umstrittene Lokalredakteur der Badischen Zeitung wurde mit einer Abfindung entlassen, nachdem eine Klage gegen den Betriebsrat erfolglos geblieben war.

Im Umweltausschuss des Kreistags behauptete Landrat Otto Leible in einer ersten Stellungnahme im Vorfeld von Untersuchungen, begründete Verdachtsmomente gegen die Dynamit Nobel lägen nicht vor: „Eigentlich ist gar nichts dran“. Auch sei es theoretisch ausgeschlossen, dass ein Unfall „wie in Seveso“ auch in Rheinfelden vorkommen könne. Der Grüne Kreisrat Wilhelm Arntz antwortete darauf, viele Menschen in Rheinfelden könnten sich nicht äußern, weil sie in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Dynamit Nobel stünden. Wie die Geschehnisse der letzten Zeit gezeigt hätten, wären die Betriebseinflüsse nicht zu unterschätzen. „Demokratisch ist das, was hier läuft, nicht“ (BZ vom 16.10.1981). Aber es kam anders, als vom Landrat vorausgesagt:

Erste Untersuchungen von Schweizer Behörden, die auf Betreiben der Aargauer Großrätin Gretel Hoffmann durchgeführt worden waren, stellten im Raum Rheinfelden/CH erhöhte PCB-Werte fest. Wieder ergriff der Betriebsratsvorsitzende das Wort und dementierte einen Zusammenhang zwischen diesen Funden und Dynamit Nobel (Basler Zeitung vom 13.1.1982). Er kritisierte die Untersuchungsmethoden und „ließ auch wissen, dass hier mit dem Rufmord ohne Beweise nicht 60, sondern 200 Arbeitsplätze gefährdet werden“ (BZ vom 23.1.1982). Das Gewerbeaufsichtsamt in Freiburg war für die Betriebsgenehmigungen bei Dynamit Nobel zuständig und nahm – auf Anfrage der Presse – ein halbes Jahr nach den ersten Berichten Stellung. Das Amt bestätigte, dass TCDD-Spuren unterhalb der Nachweisgrenze in Kuhmilch gefunden worden seien (Südkurier vom 2.2.1982), ohne jedoch weiterreichende administrative Schritte einzuleiten. Dies, so meinte man auf Schweizer Seite im Aargauer Gewerbeaufsichtsamt, „könnte wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Gründe haben“ (Basler Zeitung vom 20.2.1982).

Vier Monate später, im Juni 1982, ereignete sich in einem anderen Betriebsteil von Dynamit Nobel einer jener schweren Unfälle, die der Werksleiter und das Gewerbeaufsichtsamt definitiv ausgeschlossen hatten. Eine Vakuumpumpe explodierte, ein Arbeiter starb, zwei weitere wurden schwer verletzt. „Der Betriebsleiter: Theoretisch durfte das nicht passieren“ (Spiegel 14/1983, S. 56).

Im Februar und März 1982 erreichte die Diskussion um die PCP-Produktion bei Dynamit Nobel einen ersten Höhepunkt:

Das Sozialministerium in Stuttgart schaltete sich ein und veranlasste umgehende Maßnahmen zur Klärung der Situation. Obwohl das Ergebnis dieser Maßnahmen erst klären sollte, ob in Rheinfelden ein „zweites Seveso“ möglich sei, betonte der zuständige Staatssekretär, „dass diese Frage heute schon mit Sicherheit mit ‚Nein‘ beantwortet werden kann“ (Südkurier vom 26.2.1982).

Rund 200 Bürger\*innen – vorwiegend aus dem Schweizer Rheinfelden - gründeten auf meine Initiative hin die „Bürgerinitiative Umweltschutz Rheinfelden“. Zu den Zielen der BUR gehörte die „Beseitigung der Umweltbelastung in und um Rheinfelden“. Das erste Treffen befasste sich mit den Dynamit Nobel zugeschriebenen Belastungen aus der PCP-Produktion.

Die BUR wurde von da an zu meinem wesentlichen Sprachrohr.



Umweltschützer von „Robin Wood“ fordern den Produktionsstopp von PCP in Rheinfelden

vor den Toren der Dynamit Nobel. - Der Stern 29/1984

Alarmierende Ergebnisse stammten von einer Analyse des Bremer Umweltinstituts, das im Auftrag der Grünen Rheinfelder Gemüse auf Rückstände hin untersucht hatte. Die Gutachter maßen tausendfach überhöhte PCB-Werte und stellten fest: „Der durchschnittliche Verzehr von wöchentlich zwei bis drei Kilogramm Vegetabilien … müsste bei den hier vorgefundenen Gehalten auf wöchentlich zwei bis drei Gramm reduziert werden“ (BZ vom 2.3.1982).

Diese alarmierenden Analyseergebnisse und die vom Gewerbeaufsichtsamt bestätigten Dioxinfunde veranlassten die Werksleitung der Dynamit Nobel selbst zu einer Reaktion und einer fundamentalen Falschinformation. Die Firma verteilte am 4.3.1982 eine *Nachbarschaftsinformation* an alle Rheinfelder Haushalte: „Von den eingesetzten Rohstoffen und von unseren Produktionsanlagen zur Herstellung der Pentachlorphenole geht keine auch nur im Entferntesten *[sic!]*  mit Seveso vergleichbare Gefährdung für die Bevölkerung aus. … In unseren Verfahren zur Herstellung von PCP (Pentachlorphenol), die sich von den Produktionsverfahren in Seveso wesentlich unterscheiden *[sic!]*, kann das TCDD nicht entstehen.“

Im September 1983 wurden schließlich die Ergebnisse einer weiteren Untersuchung veröffentlicht. In den Luft- und Bodenproben aus Rheinfelden/CH fanden sich Hexachlorbenzol (HCB), polychlorierte Biphenyle (PCBs), Pentachlorphenol (PCP) und verschiedene Dioxine und Furane (die Schwestergruppe der Dioxine). Im Bericht wurde die Vermutung geäußert, „dass ein Teil der Verunreinigungen im Zusammenhang mit der PCP-Produktion in Rheinfelden/BRD steht“ (Basler Zeitung vom 18.10.1983). Nach dem jahrelangen Austausch von Expertisen über die Emissionen und deren Gefährlichkeit veranlasste das baden-württembergische Arbeits- und Sozialministerium im Sommer 1984, dass die 1980 verabschiedete Störfallverordnung nach § 7 Abs. 1 des Bundesimmissionsschutzgesetzes auf Dynamit Nobel anzuwenden sei. Das Werksgelände musste vor dem Zugriff Unbefugter zusätzlich geschützt, Brand- und Explosionssicherung mussten verstärkt werden, weitere Kontrollmessinstrumente waren zu installieren. Außerdem wurde das Werk verpflichtet, eine Sicherheitsanalyse anzufertigen, die die Voraussetzungen für einen Störfall darlegte und dabei möglicherweise entstehende gefährliche Stoffe anführte. Die Grünen, die sich gemeinsam mit der Bürgerinitiative BUR die Durchsetzung dieser Verordnung als Erfolg ihrer Anstrengungen anrechnen konnten (Spiegel 22/1984, S. 75), verlangten – vor allem aufgrund sich häufender Gesundheitsbeeinträchtigungen z.B. bei Holzschutzmittelgeschädigten - nun erst recht die Stilllegung der gesamten PCP-Produktion. Umweltminister Weiser sah zu diesem Zeitpunkt aber noch keinen Grund für ein Produktionsverbot.

**Die Industriemülldeponie Karsau und das Ende der PCP-Produktion**

Auf dem Gebiet Rheinfeldens gibt es weit über 20 alte Deponien, davon sind 10 bis 15 Industriemülldeponien. Das heißt, die frühere „I.G. Farben“ hatte das Zeug hingekippt, wo sie lustig war. Und die Schweizer Chemieindustrie hatte ebenfalls bis Anfang der achtziger Jahre ordentlich Giftmüll nach Deutschland exportiert. Das Problem war (und ist noch heute), dass sich in unmittelbarer Nähe zur gesamten Trinkwasserversorgung Rheinfeldens zwei äußerst problematische und giftige Deponien befinden. Die Industriemülldeponie Karsau ist eine davon.

Zuerst beschäftigten sich Die Grünen über eine umfangreiche Anfrage an den Kreistag Anfang 1982 mit der Mülldeponie. So fragten sie u.a. nach den Abfällen aus der PCP-Produktion, die nach Karsau gekarrt wurden. In der Antwort, die dem Landratsamt vom Gewerbeaufsichtsamt Freiburg gegeben wurde, hieß es, dass nur „Kehrichtabfälle“ nach Karsau gelangten. Die Grünen ahnten damals noch nicht, dass dies eine faustdicke Lüge war.

Die extrem dioxinhaltigen Abfälle aus der PCP- und PCP-Na-Produktion von Dynamit Nobel wurden bei Produktionsaufnahme 1968/70 zunächst auf dem Betriebsgelände zwischengelagert. Danach wurden diese Abfälle ungenehmigt bis 1972 in der Müllkippe der späteren „Metzgerschen Kiesgrube“ – unmittelbar neben den Rheinfelder Trinkwasserbrunnen - entsorgt. Diese mussten deswegen – nach Auffliegen dieses Skandals Anfang der neunziger Jahre - dauerhaft stillgelegt und die Müllkippe allseitig umspundet werden. Um das Problem der endgültigen Lagerung der Produktionsabfälle zu lösen, gründeten Dynamit Nobel, die Aluminiumhütte und die Degussa gemeinsam die Interessengemeinschaft „Deponie Karsau“ und stellten beim Landratsamt Lörrach den Antrag auf wasser- und baurechtliche Genehmigung einer Industriemülldeponie zur Ablagerung der giftigen und gefährlichen Abfälle aus den jeweiligen Produktionen. Die Karsauer Deponie wurde im Juli 1971 in Betrieb genommen. Von 1973 an brachte Dynamit Nobel auch PCP-Na-haltige Abfälle auf die Deponie, obwohl der Firma bekannt war, dass diese Rückstände durch den Abfallkataster von 1970 nicht gedeckt waren. Im Untersuchungsausschuss des Landtags von Baden-Württemberg wurde deutlich, dass auch die Behörden von diesem Vorgehen wussten und es bis 1976 stillschweigend duldeten. Wie später bekannt wurde, fand der Transport der Filterkuchen nach Karsau durch LKW mit offener Ladefläche statt und es kam vor, dass das hoch dioxinhaltige Ladegut auf den Straßenrand überschwappte. Das Landratsamt Lörrach erteilte im August 1976 eine Ablagerungsgenehmigung auf Widerruf. Bis dahin waren zwischen 1973 und 1976 mehr als 100 t PCP- und HCB-Abfall ohne behördliche Genehmigung auf die Müllkippe gekommen. Auf Anfrage der SPD im Stuttgarter Landtag musste der Minister bestätigen, dass Dynamit Nobel seit 1976 320 t Industrieabfälle auf die Deponie gebracht hatte, darunter 30 bis 45 t HCB, 4 bis 7 t PCP und bis zu 200 kg Dioxine und Furane. Täglich entstanden 20 t Sickerwasser, die seit 1974 mit Genehmigung des Landratsamtes Lörrach direkt in den Rhein eingeleitet wurden. Das Sickerwasser wurde zwar regelmäßig überprüft, ein Grenzwert beispielsweise für PCBs war aber gar nicht festgelegt worden, weil den Behörden nicht bekannt gewesen war, dass PCBs in den Abfällen erwartet werden mussten. Der zuständige Landrat Otto Leible konnte keine Versäumnisse entdecken, denn „die Einschätzung, dass von dieser Deponie aktuelle Gefährdungen auf die Bevölkerung oder auf das Grundwasser ausgegangen wären, hat sich eigentlich in dieser Form für uns nie gestellt“ (Landtag von Baden-Württemberg 1987). Das Wasserwirtschaftsamt Lörrach wies das Landratsamt im April 1983 darauf hin, dass die festgestellten Mengen HCB im Sickerwasser ein tolerierbares Maß überschritten hatten. Erst 10 Monate später reagierte das Landratsamt und untersagte der Dynamit Nobel die Ablagerung PCP-Na-haltiger Abfälle in Karsau mit sofortiger Wirkung.

Die Einleitung dieser Gifte über das Sickerwasser in den Rhein hatte schlimme Umweltfolgen. So konnten z.B. in den Folgejahren hohe Konzentrationen von Decachlor-Biphenyl im Rheinsediment flussabwärts festgestellt werden. Deca-PCB fällt als Hauptbestandteil der PCBs im Abfall der PCP-Na-Produktion an. Dies führte dazu, dass auf Schweizer Seite ein jahrelanges Verzehrverbot von Rheinfischen erlassen wurde.

Der Landtagsabgeordnete der SPD im Stuttgarter Landtag, Ulrich Brinkmann aus Bötzingen am Kaiserstuhl, schloss aus den Akten des Hamburger Untersuchungsausschusses zu Boehringer, dass die PCP-Produktion bei Dynamit Nobel hoch riskant und den Beteiligten die Gefahr bekannt war. Er nahm die Sache selbst in die Hand und forschte auf der Deponie Karsau nach Giftrückständen. In einer Nacht- und Nebelaktion zog er Boden- und Gewässerproben aus der Deponie, die auch das Seveso-Gift 2,3,7,8-TCDD in Drehfilterrückständen weit oberhalb der Nachweisgrenze enthielten. Vor dem Umweltausschuss des Gemeinderats Rheinfelden (dem ich ebenfalls angehörte) bestritt Dynamit Nobel aber weiterhin, dass bei der PCP-Produktion das Sevesogift entstehen würde (Südkurier vom 28.7.1984). Dennoch leiteten die Untersuchungen, die der Abgeordnete auf der Deponie vorgenommen hatte, zusammen mit staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen letztlich die Stilllegung der Deponie ein.

Die Aktion des Landtagsabgeordneten beschleunigte nicht nur das Ende der Karsauer Deponie. Mit den Rückstandsuntersuchungen begann auch die letzte Phase in der Auseinandersetzung um die PCP-Produktion in Rheinfelden. „Wenn es keine Abfallbeseitigung gibt, gibt es auch keine Produktion“, erklärte Minister Weiser den Zusammenhang. Inzwischen ermittelte auch die Staatsanwaltschaft gegen Verantwortliche der Firma und gegen das Landratsamt Lörrach. Es wurden umfangreiche Schürfungen in den Deponiekörper hinein durchgeführt, wobei eine erhebliche Dioxinfracht incl. des Seveso-Dioxins zutage trat. Das 2,3,7,8-TCDD wurde auch in Restbeständen des Tetraöl-Tanks gefunden, der mit dem Abfallprodukt der Firma Boehringer befüllt worden war.

Bereits seit 1981 war ich als Mitglied des Umwelt-Arbeitskreises der baden-württembergischen Grünen tätig und formulierte mehrere umfangreiche Anfragen und Anträge zur PCP-Problematik in Rheinfelden, die der damals für Umweltpolitik zuständige Landtagsabgeordnete Winfried Kretschmann in den Landtag einbrachte und dadurch einen erheblichen Druck auf die Landesregierung erzeugte.

Am 11.8.1984 besuchte die Grüne Landtagsfraktion und einige Grüne Funktionsträger auf Bundesebene Rheinfelden. Nach einem Abstecher in die Schweizer Nachbarstadt, wo sich die Abgeordneten am Rheinuferweg von der Nähe der PCP-Betriebe zum schweizerischen Wohngebiet überzeugen konnten, begab man sich zu einer Pressekonferenz gemeinsam mit Vertretern der BUR und des BUND. Es wurden schwere Vorwürfe gegen Dynamit Nobel gerichtet und den Behörden sowie der Stuttgarter Landesregierung etliche Versäumnisse nachgewiesen. Den Pressevertretern wurden Auszüge aus den Boehringer-Akten vorgelegt, welche beweisen, dass die Dynamit Nobel schon seit 1976 vom Seveso-Gift in ihren Produkten wusste. Außerdem wurde aus den Akten bekannt, dass in den PCP-Betrieben schon mehrere kleinere Betriebsstörungen und Pannen aufgetreten waren, die ihre Ursache im Dioxingehalt hatten. Dies hatte die Firma gegenüber den Behörden verschwiegen (Protokoll des BUR-Mitglieds Ewald Müller).

Da die städtischen Gremien immer noch von einer „Arbeitsplatzpsychose“ erfasst waren (taz vom 13.8.1984), konnte nur eine Instanz helfen, die ihren Sitz nicht in Rheinfelden hatte. Ende August 1984 fuhr „der jahrelang um Abwiegelung bemühte baden-württembergische Umweltminister Gerhard Weiser persönlich nach Rheinfelden, um die Dynamit Nobel zur ‚einvernehmlichen‘ Schließung ihrer PCP-Küche zu bewegen“ (taz vom 5.9.1984). Es wurde vereinbart, den PCP-Betrieb bis Ende 1986 stillzulegen und eine Anlage zur Herstellung von Silizium als Ersatz aufzubauen.

Drei Monate früher als geplant konnte Dynamit Nobel den PCP-Betrieb am 3. September 1986 schließen. Die Zentrale in Troisdorf betonte, dass die Schließung durchgeführt wurde, obwohl man nach wie vor keine Umweltbelastung durch die PCP-Produktion erkennen könne. „Die umweltpolitische Auseinandersetzung“, so wird in Troisdorf freimütig eingeräumt, „hat letztendlich dazu geführt, dass wir es – auf gut deutsch gesagt – leid wurden“ (taz vom 5.9.1986). Alle Arbeitnehmer wurden nach der Umstellung übernommen. Niemand wurde entlassen.

**Fazit:** Die wachsende überregionale Publizität, die anhaltenden lokalpolitischen Aufdeckungen durch BUR, BUND und GRÜNE sowie die politische Intervention von außen erzeugten den entscheidenden Druck gegen die Firma, weshalb Produktionsumstellungen im firmeneigenen Interesse notwendig wurden. Der PCP-Betriebsteil wurde aber nicht ersatzlos stillgelegt, sondern es wurde ein anderer Produktionsbereich aufgebaut. Dadurch konnten Arbeitsplatzverluste im Wesentlichen vermieden und der politische Konflikt beigelegt werden.

**Résumé:**

Die Durchsetzung von umweltpolitisch erforderlichen Maßnahmen stößt dann auf gravierende Schwierigkeiten, wenn dadurch die Belange von Unternehmen und Arbeitnehmern negativ berührt werden. Wenn aus der Unvereinbarkeit von Umweltschutz einerseits und dem Wunsch nach der Sicherheit von Arbeitsplätzen andererseits Konflikte entstehen, finden sich bei Arbeitgebern, Arbeitnehmern und auch den Vertretern der Kommunalpolitik kaum aktive Umweltschützer. Denn jede dieser Gruppen hat rationale Gründe, den Schutz der Umwelt zwar zu befürworten, jedoch nicht als Priorität zu betreiben. Kurzfristige ökonomische und existentielle Interessen stehen so gegen langfristige Gesundheits- und Umweltinteressen.

„Die Auseinandersetzung über die erhöhten Giftwerte in Rheinfelden gibt wieder einmal einen tiefen Einblick in das Problembewusstsein der politisch Handelnden. Die Sorge um die Grundlagen unserer Existenz wird als ‚unnötiger Wirbel‘ abqualifiziert. Mit dem großen Hammer Arbeitsplatzsicherung möchten dann die Vertreter der großen Parteien die Diskussion auf ein anderes Gleis bringen und den Kreis der Kritiker spalten … Die Gewinne werden gut-, Mensch und Natur abgeschrieben“ (Leserbrief in der BZ vom 5.1.1982).

Der „Fall“ Dynamit Nobel hat auch aufgezeigt, dass die Beamten der Aufsichtsbehörden in einer Konstellation agieren, in der sie selbst effektiv Agenten des Managements jener Industrie werden, die sie kontrollieren sollen. Man konfrontiert sie massiv und ununterbrochen mit Erklärungen über die hohen Kosten und wirtschaftlichen Probleme der jeweiligen Branche, arrangiert offizielle und auch inoffizielle Treffen mit den Topmanagern und weiht sie in deren Perspektiven und Werte ein. Dies erfuhr ich durch die ständigen Informationen meines Whistle Blowers Dr. X. Zugleich werden sie unmissverständlich auf mögliche Sanktionen hingewiesen, mit denen sie und ihre Behörde zu rechnen hätten, wenn sie die wirtschaftlichen und organisatorischen Vorstellungen der Industrie nicht gebührend berücksichtigten. Dies wurde mir am Beispiel der Aktionen des Gewerbeaufsichtsamtes Freiburg überdeutlich vor Augen geführt, außerdem an einem Landrat Otto Leible, dessen Tochter zu jener Zeit mit dem Sohn des Werksleiters der Dynamit Nobel verlobt war und der mich als Kreisrat dementsprechend, aber erfolglos abzufertigen versuchte. Lediglich über Dr. X, der an jeder internen Sitzung des Regierungspräsidiums/Gewerbeaufsichtsamtes teilnahm, erfuhr ich die Strategien, die seitens der Behörden gegen meine Aktivitäten jeweils geplant waren. Oft genug geriet ich mit meinen öffentlichen Aktionen aufgrund des erheblichen politischen Konfliktpotentials in Reibereien mit der eigenen Partei vor Ort, weil ich verständlicherweise meine Informationsquelle nicht nennen konnte und deshalb die Seriosität meiner Angaben zunächst auch innerparteilich angezweifelt wurde.

Allerdings: Die Funktion der Dynamit Nobel als Arbeitgeber einer relevanten Zahl von Wähler\*innen, die ihr normalerweise im Konflikt um umweltpolitische Maßnahmen eine durchsetzungsstarke Position verliehen hätte, versagte bei mir, denn ich konnte mit der Zeit eine ausreichende Zahl umweltbewusster potentieller Wähler\*innen um mich scharen, die für meine Wiederwahl als Stadtrat und Kreisrat sorgten und mich dadurch politisch immun machten.

**Totalverbot für das schlimmste Umweltgift Pentachlorphenol**

Am 20. März 1984 fanden sich mehrere teils bundesweit organisierte Verbände zu einer großen Pressekonferenz vor zahlreichen Medienvertretern, Rundfunk und Fernsehen in den Rheinfelder „Ratsstuben“ zusammen. Unterstützt von der BUR, dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), dem BUND, der Umweltinitiative „Robin Wood“, der Interessengemeinschaft Holzschutzmittel-Geschädigter (IHG), der Aktion „Muttermilch – ein Menschenrecht“ und der Bundestagsfraktion der Grünen forderte ich die sofortige Schließung des PCP-Betriebs. Die schweren Vorwürfe gegen „Deutschlands größten PCP-Giftproduzenden“ wurden zum ersten Mal vor Ort auf die bundesweiten Gesundheitsschäden durch dieses Gift fokussiert, das mittlerweile als Hauptverursacher der ubiquitären Verbreitung von kaum abbaubaren Dioxinen und Furanen mit einem ständigen besorgniserregenden Eintrag in Tier und Mensch feststand. Vertreter der IHG aus dem gesamten Bundesgebiet überreichten Oberbürgermeister Herbert King eine Resolution, in der sie auf Vergiftungserscheinungen durch die Anwendung des Holzschutzmittels *Witophen* hinwiesen. Die Aktion „Muttermilch“ berichtete, dass tags zuvor fünf Mütter, bei denen Dioxine in der Muttermilch nachgewiesen worden waren, den Bundeskanzler und die Bundesregierung in einem Schreiben auf ihre Sorgen aufmerksam gemacht hatten. Sie schlossen sich in ihren Forderungen den Grünen im Bundestag an, die zum 1. Januar 1985 Anwendungs-, Produktions- und Importverbote für eine Reihe von Substanzen gefordert hatten, bei deren Herstellung, Anwendung oder Beseitigung Dioxine und Furane entstehen können. In meiner Eigenschaft als Dioxinspezialist der Grünen Bundestagsfraktion sagte ich: „Deshalb sind wir auch alle hier, um in Rheinfelden, wo diese giftigste je vom Menschen produzierte Substanz anfällt, produziert und verschickt wird, die Protestaktion zu untermauern und den anwesenden dioxin- und furangeschädigten Bürgern die Brutstätte ihrer Krankheit und Nöte vorzustellen. Bei vielen ist der Name Rheinfelden heute mit Angst und Schrecken vor einer Gesundheitsgefährdung verbunden.“ Ich verwies in diesem Zusammenhang auf Vorschläge des Bundesgesundheitsamtes, wonach die PCP-Produktion wegen der besorgniserregenden Akkumulation von Dioxinen und Furanen im Menschen verboten werden solle. PCP-Geschädigte aus dem gesamten Bundesgebiet berichteten daraufhin über ihre Krankheitserscheinungen und die „unmenschlichen Folgen“, die sie nach ihren Aussagen durch die Anwendung der „giftigen Holzschutzmittel“ erlitten haben. IHG-Sprecherin Helga Zapke: „Ich habe alles verloren, selbst das [Fachwerk-]Haus muss nun abgerissen werden“ (Südkurier vom 21.3.1984, BZ vom 22.3.1984).

Nach Schließung der PCP-Produktion stellte sich mehr und mehr heraus, dass die als technische Verunreinigung des PCP in die Umwelt geschleusten Dioxine den Haupteintrag der bundesweiten Dioxinbelastung ausmachten – weit mehr als durch die an zweiter Stelle stehenden Müllverbrennungsanlagen.

Das Bundesgesundheitsamt (BGA) setzte den Grenzwert der duldbaren Dioxinbelastung über die Nahrung (ADI-Wert) auf 1 Pikogramm (pg, d.h. ein Billionstel Gramm) pro kg Körpergewicht und Tag fest. Es stellte sich heraus, **dass die durchschnittliche Belastung in der deutschen Bevölkerung bereits bei 1-2 pg lag.** Bei Säuglingen betrug die Aufnahme über die Muttermilch (ADI-Wert) 89 pg TCDD-Äquivalente pro kg Körpergewicht und Tag (Bundesgesundheitsblatt 2/1990, S.100-107). Den Müttern wurde vom BGA empfohlen, ihre Säuglinge nicht länger als ein halbes Jahr zu stillen. In Muttermilch wurde ein Dioxin-Belastungswert von durchschnittlich 30 pg/kg Körpergewicht festgestellt. [Zum Vergleich: der ADI-Wert in den USA liegt weit unter dem BGA-Wert, nämlich bei 10 Femtogramm = 10 Billardstel Gramm pro kg Körpergewicht und Tag].

Meine politischen Aktivitäten und Verbindungen im Bundestag als Fraktionsmitarbeiter der Grünen führten auch dazu, dass der damalige Bundestagsabgeordnete und CDU-Obmann des Umweltausschusses, Bernd Schmidbauer, durch mich von der PCP-Problematik erfuhr. Nachdem die PCP-Produktion stillgelegt worden und kein Arbeitsplatzverlust zu befürchten war, formulierte er einen Antrag der CDU-Fraktion, worin ein Totalverbot des PCP beantragt wurde. Es sollte nicht mehr produziert, importiert und angewendet werden. Wenn die Grüne Bundestagsfraktion den Antrag gestellt hätte, wäre er – wie alle Grünen Anträge in der Kohl-Ära – vom Bundestag abgelehnt worden. So führte der CDU-Antrag zu einem entsprechenden positiven Bundestagsbeschluss. Das Totalverbot auf der Grundlage des Chemikaliengesetzes wurde am 12. Dezember 1989 in Form der Pentachlorverbots-Verordnung erlassen, konnte jedoch nur im nationalen Alleingang durchgesetzt werden. Die EG sperrte sich zunächst dagegen, es europaweit anzuwenden.

„Die Bundesrepublik, die Niederlande und Dänemark konnten kein EG-weites Verbot des Holzschutz- und Imprägnierungsmittels Pentachlorphenol (PCP) durchsetzen. Nach neuesten Erkenntnissen des Umweltbundesamtes ist PCP ein starkes Gift, das [...] nicht zu behebende Gesundheitsschäden wie Knochenmarkschwund und Nervenschädigungen hervorrufen kann. In Deutschland, den Niederlanden und Dänemark besteht ein Totalverbot für PCP. Gegen die Stimmen dieser drei Länder und Luxemburgs verabschiedete der EG- Ministerrat am Donnerstag eine Richtlinie, in der die Verwendung dieser Substanz nur begrenzt, nicht aber untersagt wird. Diese Staaten kündigten an, ihre nationale Gesetzgebung aufrechtzuerhalten, was aber im angestrebten europäischen Binnenmarkt 1993 ein Handelshindernis darstellen würde. Von daher könnte dieser Alleingang der drei Staaten zu einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof führen“ (taz vom 23.3.1991).

„In PCP-belasteten Wohnungen traten bei zahlreichen Menschen zum Teil schwerwiegende und lang andauernde gesundheitliche Beeinträchtigungen auf. Akute Symptome sind z. B. raschere Ermüdbarkeit, verminderte Konzentrationsfähigkeit, Kopfschmerzen, Ruhelosigkeit, Reizbarkeit, Infekthäufung, erschwerte Auffassung und motorische Ungeschicklichkeit. Darüber hinaus ist PCP in Deutschland nach Gefahrstoffrecht als wahrscheinlich krebserzeugend (K1B) und entwicklungsschädigend (RD1B) eingestuft. Zudem steht PCP im Verdacht, erbgutschädigend zu sein. … Für PCP erfolgte von der Internationalen Krebsforschungsagentur (IARC) 2018 bzw. 2019 eine Einstufung als krebserzeugend beim Menschen“ (Fachportal Innenraumluft, Umweltministerium Nordrhein-Westfalen).

**Wie hat sich die Dioxinbelastung seit dem PCP-Verbot verändert**? Dazu habe ich am 23.9.1994 ein Telefongespräch mit dem Dioxinexperten des Umweltbundesamtes (UBA), Horst Neidhard geführt. Aktuelle Untersuchungen des Vereins für Wasser-, Boden- und Lufthygiene e.V. (WaBoLu) hätten ergeben, dass die Grundbelastung in Muttermilch um 30% von 30 auf 20 pg/kg Körpergewicht zurückgegangen war. Insgesamt sollten Chancen bestehen, beim Menschen das Qualitätsziel (ADI-Wert weniger als 1pg/kg Körpergewicht und Tag) zu unterschreiten. 1990 lag dieser Wert noch bei 1,3 pg (Bundesgesundheitsblatt 3/90, S. 100). Das UBA schätzte, dass immer noch – trotz des nationalen PCP-Verbots – 10% des PCP, bezogen auf die Zeit vor dem Verbot, hauptsächlich über Textilien importiert wurden *[Anmerkung: Diese Dioxine trägt man unmittelbar auf der Haut!]*. Dies ergab einen Dioxineintrag von 6 kg pro Jahr. Zum Vergleich: Alle bundesdeutschen Müllverbrennungsanlagen haben vor Erlass der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung ca. 400 g Dioxin-Äquivalente pro Jahr emittiert. 1994 waren es noch 40 g. Folglich war PCP immer noch eine der Haupteintragsquellen für Dioxine und Furane. Nach wie vor wurde 1994 mit einer Dioxin-Deposition von 1-2 kg Dioxin-Toxizitätsäquivalente (TE) pro Jahr in Deutschland gerechnet.

In den darauffolgenden Jahren wurde die Dioxinbelastung im Menschen dank des mehr und mehr greifenden PCP-Verbotes auf heutige ADI-Werte weit unterhalb des BGA-Grenzwertes abgebaut. So wurde im Jahr 2000 festgestellt:

„Die Belastung der deutschen Bevölkerung mit Dioxinen … hat deutlich abgenommen. Das zeigen Analysen von mehr als 30.000 Frauenmilchproben, deren Ergebnisse die Untersuchungsämter der Länder seit Mitte der 80iger Jahre auf freiwilliger Basis dem Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin übermitteln. Die Auswertung dieser Daten ergab, dass Frauenmilchproben 1997 im Mittel ungefähr 60% weniger Dioxine und Furane enthielten als noch 1990“ (Bundesinstitut für Risikobewertung 15/2000). Müllverbrennungsanlagen sind aufgrund technischer Nachbesserungen mittlerweile zu „Dioxinsenken“ geworden.

Die Dioxinbelastung wurde aufgrund des kaum noch vorhandenen Dioxin-Eintrags durch PCP und Müllverbrennungsanlagen bis heute weiter abgebaut und spielt toxikologisch derzeit keine Rolle mehr.

**Das PCP-Problem ist gelöst.**

**Nachtrag:** Auf die Altlasten, die durch die Chloralkali-Elektrolyse bis in die 1930er Jahre verursacht wurden und die zu erheblichen Dioxinbelastungen in Böden und Deponien in Rheinfelden geführt haben, kann hier nur verwiesen werden. Es wäre ein eigenes umfangreiches Kapitel. Die dringend notwendigen Sanierungen sind inzwischen weitgehend abgeschlossen worden. Der gesamte Innenstadtbereich ist jedoch dioxinbelastet, weil in der Vergangenheit bei Bautätigkeiten dioxinhaltiger Bodenaushub an andere Stellen verteilt worden war. Dies stellt auch heute noch ein beinahe alltäglich zu bewältigendes Problem im Baubereich dar.

**Danksagung:** Ich dankedem Begründer der Grünen in Rheinfelden und langjährigen BUR-Mitglied Ewald Müllerfür die Überlassung umfangreichen Pressematerials, ohne das dieser Artikel kaum hätte zustande kommen können.